

Ostland

Halbmonatschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten G. V., Berlin W 30, Mohlftraße 44, Fernruf 8 5, Barbarossaplatz 0014.
Postfachkonto Berlin 65839 — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Stredel, Berlin-Griebenerstr.
Nr. 2 — Druck: Hagenstr. 10, W. G. Hagenstr., Engelstraße 212/13 — Erscheint monatlich, je nach Bedarf
vierteljährlich 3 RM. — Einzelnummer 1 RM. 0.30 und 2 RM. 0.50 Folgehefte. — Anzeigenpreisliste 2 — S. u. B. g.

Nr. 15

Berlin, den 1. August 1935

16. Jahrgang

Der polnische Angriff auf Danzig

Die polnische Regierung hat am 20. Juli eine in das Verhältnis zwischen Danzig und Polen tief einschneidende Verordnung erlassen. Sie hat die Danziger Zollverwaltung für die polnische Einfuhr außer Tätigkeit gesetzt. Sie hat angeordnet, daß für die zollmäßige Abfertigung der für Polen bestimmten Waren ausschließlich innerhalb des polnischen Staatsgebietes gelegene Zollämter in Frage kommen sollen, und daß bei den auf Danziger Gebiet gelegenen Zollämtern nur noch solche Waren verlagert werden sollen, die für den Eigenbedarf der Freien Stadt bestimmt sind. Gegen Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung sind von Seiten der polnischen Behörden Strafmaßnahmen angedroht worden. Durch die polnische Maßnahme wird zwischen Danzig und Polen eine Wirtschaftsgrenze errichtet und die vertraglich begründete Zollunion zwischen beiden Staaten zerstört. Danzig wird als wirtschaftliches Eingangsstor des polnischen Hinterlandes außer Funktion gesetzt; es hört in dieser Beziehung auf, ein Teil des polnischen Zollgebietes zu sein. Alle zwischen Danzig und Polen bestehenden Abkommen, die das wirtschaftliche Verhältnis der beiden Staaten zueinander berühren, werden durch das Vorgehen der Warschauer Regierung verletzt oder überhaupt in Frage gestellt.

Die Danziger Regierung hat gegen die Verordnung sofort schärfsten Einspruch erhoben. „Diese Verordnung“, heißt es in der Protestnote des Senatspräsidenten, „stellt einen Einbruch von außerordentlicher Tragweite in das zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen bestehende Rechtsverhältnis dar. Ich habe aus diesem Grunde das Landesvolkamt der Freien Stadt Danzig angewiesen, diese Verordnung nicht auszuführen.“ In der Note wird ferner die Erwartung ausgesprochen, daß die Verordnung sofort zurückgezogen wird, und mitgeteilt, daß sich der Senat der Freien Stadt vorbehält, alle Maßnahmen zu treffen, die ihm zum Schutze der Danziger Interessen notwendig erscheinen, und Ersatz für alle Schäden zu verlangen, die der Freien Stadt durch die Verordnung erwachsen sollten. Auf die Danziger Note hat die Warschauer Regierung in einer Weise geantwortet, die zu einer bedenklichen Verschärfung des Konfliktes geführt hat. Sie erhebt gegen Danzig den Vorwurf, durch die Nichtausführung der Zollverordnung gegen die geltenden Abkommen verstoßen und seine Rechte überschritten zu haben! Das heißt: Sie bezeichnet die Weigerung Danzigs, die von ihr geforderte rechtswidrige Maßnahme durchzuführen, — als Rechtsbruch. Von Danziger Regierungseite ist daraufhin in einer Erklärung kurz festgestellt worden, daß Danzig nicht sein eigenes Todesurteil unterschreiben kann.

Die polnische Regierung ist nicht in der Lage, für ihr Vorgehen eine irgendeine einleuchtende Begründung vorzubringen. Die polnische Presse behauptet, daß die Verordnung durch die Notwendigkeit diktiert sei, „die Interessen des Staatschutzes vor den Folgen der Danziger Devisenkontrolle zu schützen; Danzig habe die Wäldigkeit, seiner Wirtschaft mit den eingefahrenen polnischen Forderungen, die sich auf etwa 60 Mill. Zloty belaufen sollen, wieder auf die Beine

zu helfen. Dazu ist zu sagen, daß die angegebene Summe der polnischen Forderungen in Danzig ein reines Phantasieprodukt ist; nach den Schätzungen der Warschauer Handelstammer belaufen sich diese Forderungen etwa auf ein Fünftel des genannten Betrages; außerdem stehen ihnen Danziger Forderungen in Polen von etwa der gleichen Höhe entgegen, deren Ueberführung nach Danzig die polnische Regierung verhindert. Im übrigen war die Danziger Devisenregelung, nachdem sich der Gulden gelöst hatte, schon vor der Veröffentlichung der erwähnten Verordnung wieder so weit abgebaut worden, daß die Danziger Wirtschaft wieder frei über ihre Devisen verfügen und insbesondere der Hafen- und Umschlagverkehr seiner Aufgabe als Mittler des internationalen Warenaustausches wieder in vollem Umfang nachkommen konnte. Das ist ja schließlich auch von maßgebenden polnischen Wirtschaftskreisen anerkannt worden: Die „Gazeta Handlowa“ und der „Rynek Drzewny“ haben nach der Lockerung der Devisenbestimmungen das normale Funktionieren des polnischen Handelsverkehrs über Danzig ausdrücklich bezeugt.

Nach eine weitere Behauptung, mit der Polen sein Vorgehen gegen Danzig zu begründen versucht, muß als nicht stichhaltig abgelehnt werden. Es wird nämlich darauf verwiesen, daß in letzter Zeit polnische Importeure Danziger Gulden zu einem unter dem amtlichen Kursstand liegenden Preise aufgekauft hätten und damit in die Lage versetzt worden wären, ihre aus dem Ausland bezogenen Waren über Danzig mit einer um etwa 10 o. h. geringeren Zollbelastung als über Öbging einzuführen. Wenn das wirklich der Fall gewesen sein sollte, dann richtet sich der hierauf begründete Vorwurf einer Schädigung Öbgingens an die falsche Adresse. Dieser Vorwurf kann nicht Danzig treffen, sondern er fällt auf Polen selber zurück, das erst die Danziger Währung zu ruinieren bemüht ist und dann, wenn es damit Erfolg hat, darüber jammert, daß Öbgingen durch den Danziger Währungsverfall in Schwierigkeiten gerät.

In Warschau hatte man anscheinend erwartet, daß Danzig vor den drohenden Auswirkungen der Zollverordnung sofort zurückweichen werde. Die Protestnote des Senatspräsidenten hat dort etwas erüchternd gewirkt. Doch hat sie die gegen Danzig gerichtete Kampfstimmung, die in letzter Zeit wieder einmal die Regierungen — ebenso wie die Oppositionstreife Polens ergriffen hat, nicht zu dämpfen vermocht. Im Gegenteil: Die Beharrlichkeit, mit der Danzig am Gulden festhält, scheint geeignet zu sein, gewisse polnische Kreise in einen Zustand hochgradiger Hysterie zu verlegen. Die Stimmung gegen Danzig wird offensichtlich noch dadurch verschärft, daß die polnische Regierung jetzt in der Wäldigkeit unter dem Zwang der für sie nicht eben günstigen innerpolitischen Verhältnisse steht. Sie hofft wohl, im Kampf gegen Danzig billige Vorbeeren ernten und ihre innerpolitische Lage durch einen Erfolg an der Danziger Front besonders gegenüber der Rationaldemokratie verbessern zu können. Und es ist sehr bezweifelnd, daß die nationaldemokratische Presse, die sonst der Regierung stets Unentschiedenheit und Weichheit

gegenüber Danzig und Deutschland zum Vorwurf gemacht hat, in diesem Falle ihre volle Zufriedenheit mit Oberst Bed und seinem Ministerium äußert. Dieser Befall ist keine Empfehlung, er weist darauf hin, daß der Herr des Brückhofs Palais in der Danziger Frage von der benachbarten Linie seiner Außenpolitik abgeirrt ist, daß es ihm dieses Mal nicht gelungen ist, sich in seinen Entschlüssen frei von den störenden und verwirrenden Einflüssen der innerpolitischen Lage zu halten.

Vor zwei Jahren setzten die Danziger Bemühungen um einen ehrlichen Ausgleich mit Polen ein, der auf dem Grundbaß der anständigen und gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen den beiden wirtschaftlich auf einander angewiesenen Staaten begründet sein sollte. Diese Bemühungen sind jetzt, wie es scheint, an der hartnäckigen Weigerung Polens gescheitert, im Interesse des Friedens von einer

weiteren Verfolgung seiner Herrschaftsansprüche über Danzig Abstand zu nehmen. Wenn Polen sich nicht entschließen kann, die Danziger Lebensnotwendigkeiten zu achten, wenn es sich weiter, wie bisher, über die geltenden Verträge hinwegsetzt und damit praktisch beständig, daß es jetzt, nachdem der Ausbau des Öbinger Hafens nahezu vollendet ist, auch ohne den Danziger Hafen auskommen kann, dann ist es nur natürlich, wenn die Frage auftaucht, ob es nicht an der Zeit ist, daß Danzig den Anschluß an ein anderes als das polnische Zollgebiet sucht. Das mag eine von Polen nicht erwartete Auswirkung sein, es läßt sich jedoch nicht betreiten, daß Danzig durch ein Vorgehen, wie es in der Verordnung vom 20. Juni zum Ausdruck kommt, schließlich logischerweise vor diese Frage gestellt wird.

Dr. K.

Von den Polen in Deutschland

Im Nachfolgenden ist eine Reihe von Mitteilungen über die Tätigkeit der polnischen Volkspoliten in Deutschland zusammengestellt. Die Mitteilungen sind fast ausschließlich der Presse des Polenlandes entnommen. Sie stellen natürlich nicht im engersten Sinne eine vollständige Wiedergabe des Lebens und der Tätigkeit dieser Volkspoliten dar, sondern sind nur eine Auswahl, lassen aber in dieser Beschränkung die Aktivität erkennen, die der Polenbund in Deutschland und seine Nebenorganisationen auf den verschiedensten Gebieten des volkspolitischen Lebens entfalten.

Anfang Mai wurde der private polnischen Mittelschule mit gymnasialem Lehrplan in Beuthen O/S. das Öffentlichkeitsrecht (gegen entsprechende polnische Zugeständnisse an die deutschen Privatgymnasien in Ostoberschlesien) gewährt. Auf Grund dieser Maßnahme fanden am 29. Mai die ersten Abschlussprüfungen an der Beuthener Volksschule statt. Die Prüfung wurde von sechs Schülern abgelegt: Broma, Planetor, Piernikarozyl, Potoczyl, Mielch (!) und Brieger (!).

Am 2. Mai unternahm eine Gruppe von Polen aus Keschin (Kreis Zlatow) eine mehrtägige Gesellschaftsfahrt über Wsch und Koimar nach Polen.

Am 5. Mai fand in Neubrandenburg die erste Hauptversammlung des Verbandes der polnischen Landarbeiter in Mecklenburg und Pommern statt. Es bestanden in diesen Gebieten bisher 18, erst im Laufe des vergangenen und dieses Jahres entstandene Ortsgruppen dieser Art, und zwar in Anklam, Bergen, Demmin, Friedland, Gnoien, Greifenberg, Grimmen, Klitz, Langenhagen, Neubrandenburg, Penzlin, Pyritz, Stargard, Steinfeld, Stralsund, Teierow, Wolgast und Zilow. Der „Dziennik Berliński“ schrieb aus Anlaß der Neubrandenburger Tagung u. a.: „In erstaunlich kurzer Zeit wurden in einem Gebiet, in dem man bis vor kurzem nichts von einer polnischen Organisation gehört hatte, 18 Ortsgruppen mit etwa 600 Mitgliedern gegründet. Am 5. Mai wurde eine Tagung der Delegierten dieser Organisation zu dem Zwecke einberufen, für Mecklenburg und Pommern einen Zweigverband des Verbandes polnischer Landarbeiter in Deutschland zu gründen.“

Der „Ilustrowany Kurier Codzienny“ gibt in seiner Nummer vom 15. Mai die Zahl der in Deutschland studierenden Polen mit 402 an.

Nach dem Tode des Marschalls Bilubski ertsch der Präsident des Weltbundes der Polen, Senatmarschall Raczkiewicz, einen Aufruf an die Auslands-Polen, in dem es u. a. hieß: „Das Polentum, mo es auch immer in Erscheinung tritt, ob im Inland oder außerhalb der Grenzen unseres Landes, stellt eine geistige Einheit dar und findet im Geiste Josef Bilubskis Macht und Gültigkeit wieder.“ An den Befestigungsfestlichkeiten in Warschau und Krakau nahmen mehrere größere Gruppen von Polen aus den benachbarten Grenzgebieten teil. Hierüber berichteten z. B. die „Nowiny Codzienne“ am 19. Mai: „Es fuhrn 400 Polen aus dem Doppelner Schlesien mit der Bahn von Beuthen zu den Begräbnisfeierlichkeiten nach Krakau. Sie nahmen 40 Banner mit dem mit Flor

verhüllten Sinnbild mit. Mit Dankbarkeit muß man bemerken, daß die hiesigen (Doppelner) Behörden die Ausreise erteilten.“

Das Kaschubische Volkstheater in Neustadt (Pommern) will, wie „Gazeta Gdanska“ am 22. Mai mitteilt, seine Tätigkeit in Zukunft auch auf die deutschen Grenzkreise Bütow, Vauenburg und Schlochau ausdehnen. Im Spielplan des Theaters überwiegen Volksstücke in tschubischer Mundart.

Ueber das polnische Organisationswesen in Pommern berichtete der „Glos Pogranicza i Kaszob“ am 23. Mai u. a.: „Die Vereinsbewegung der Polen in Pommern hat in letzter Zeit eine wesentliche Belebung erfahren, besonders seitdem die polnischen Organisationen ein entsprechendes Vereinstotal in Stettin erlangten. . . In diesem Total ist ein polnisches Bildungsheim untergebracht; ferner besitzt es einen Saal für Versammlungen und Festlichkeiten; auch eine Kleinkinder- und Vereinsbücherei, die die Mitglieder eifrig benutzen, sind vorhanden. Die hier im vergangenen Jahre gegründete Pfadfinderabteilung besitzt hier ein eigenes Pfadfinderheim mit einer Holzblühauerwerkstatt. Im Bildungsheim finden regelmäßig Gefangensübungen, literarische Abend, Vorträge über Polen, die häufig durch Lichtbilder veranschaulicht werden, usw. statt. Das Stettiner Polentum konzentriert sich in einigen Vereinen, wie z. B. dem Polenbund, dem Verband polnischer Landarbeiter, dem Polnisch-katholischen Verein, dem Gesangsverein „Gopin“ sowie dem Polnisch-katholischen Schulverein. . . Erwähnt wird u. a. eine Veranstaltung des Stettiner Polentums, an der die Sekretärin des Marschalls Bilubski, die Dichterin Kasiemira Jilawowa teilnahm und aus ihren Dichtungen vorlas.“

Am 26. Mai kamen unter Leitung des Professors Szejwanowski drei polnische Fußballmannschaften der Stadt Königsberg Bütow, um gegen deutsche Mannschaften, die am 5. Mai in Königsberg waren, zu spielen. Die polnischen Mannschaften haben auch das Dorf Blatenheim, in dem es eine polnische Minderheit gibt, besucht.

Am 27. Mai kamen 34 männliche und weibliche Mitglieder der „Landwirtschaftlichen Vorbereitung“ aus Polen nach Radawanig im Kreis Zlatow, um die dortigen Polen zu besuchen.

Am 31. Mai und 1. Juni hielt sich eine Ausflugsgesellschaft des Vereins für Landeskunde des Bildner-Gesellschafts-Orszkowsk-Mädchengymnasiums in Allenstein auf. Die Teilnehmer waren dort Gäste im Polnischen Haus. Sie unternahmen von Allenstein aus einen Autoausflug nach Tannenberg, „mo sie mit großem Interesse den historischen Ort besichtigten, an dem der polnische König Jagiello die entscheidende Schlacht gegen den Kreuzritterorden schlug, in der Ordensgroßmeister Ulrich von Jungingen unterlag.“ Diefelbe Reisegesellschaft hielt sich u. a. auch in Marienwerder, Marienburg, Stuhm usw. auf.

Nach dem Bericht des Vorsitzenden des Fonds für das polnische Schutzwesen im Ausland,

Dr. Helzgnst, hat die vom Fonds durchgeführte Sammelaktion in den ersten fünf Monaten des Jahres 1935 über 890 000 Flotz erbracht. Aus diesem Fonds erhalten auch die polnischen Schulen in Deutschland laufende Unterstützung.

Wie die polnische Presse mitteilte (z. B. „Dziennik Berlinki“ vom 6. Juni), hat der Weltbund der Polen in den Monaten Juni, Juli und August mehrere mehrwöchige Ausbildungsturse für auslands-polnische Führer organisiert: Puppentheater-, Theaterregie-, Chordirigenten-, Bibliothekar- und Lehrerturse in Warschau, Sandomir und Brody bei Kalmarja.

Am 7. Juni wurde im Saale des Polnischen Klubs in Allenstein eine Ausstellung der polnischen Schulen im Ermland eröffnet, in der von den polnischen Schulkindern angefertigte Gegenstände gezeigt wurden.

Am 9. Juni fand in Bochum eine Tagung der Polen aus Rheinland-Westfalen statt. Nach der Polenpresse sollen an dieser Tagung einige Tausend, nach der staatspolnischen Presse einige Hundert Polen teilgenommen haben. Auf der Tagung sprachen neben den üblichen Polenbundesleuten eine gewisse Frau Wanda Badzina aus Warschau und der Vorsitzende der polnischen Berufsvereinigung, Franz Wrankowski aus Polen, der vor dem Kriege im Organisationsleben der Polen Westfalens eine gewisse Rolle gespielt hat. Aus Anlaß der Tagung wurde eine zwanzigseitige Sondernummer des in Herner erscheinenden „Narod“ herausgegeben, die eine Art Geschichte des Polentums in Rheinland-Westfalen zu geben versucht.

Die Doppelner „Nowiny Codzienne“ nahmen am 10. Juni in herausfordernder Weise zur Frage der studentischen Korporationen in Deutschland Stellung. „Zweifellos sind in deutschen studentischen Korporationen nicht viele Personen polnischer Abstammung. Es wäre voll und ganz angebracht, wenn diese teilweise germanisierten Polen endlich erkennen würden, wo ihr Platz ist, und wenn sie mit der Zeit den Rückweg zu ihrer Volksgemeinschaft und zu unserer polnischen akademischen Organisation finden würden, die sich für diese Angelegenheit zweifellos sehnlich, aber auch mit aller Vorlicht interessiert.“ Man kann den Polen in ihrem eigenen Interesse nur dringend empfehlen, sich nicht in diese Angelegenheiten zu mischen. Es könnte sonst sein, daß ihre studentische Organisation dabei auf der Strecke bleibt.

Am 13. Juni fand in Berlin eine Tagung des Verbandes der polnischen Genossenschaften in Deutschland statt. Der „Dziennik Berlinki“ schrieb darüber u. a.: „Während der Beratung ging ein Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums ein, durch das dem Verband der polnischen Genossenschaften in Deutschland das eigene Rechtsmittelrecht vom 1. April 1935 ab eingezogen wird... Die Berammelten nahmen die Nachricht mit spontanem Beifall auf... Die Tagung hat gleichzeitig den Beweis erbracht, daß die Festigung des polnischen wirtschaftlichen Lebens in Deutschland unbefristet ist. Das polnische wirtschaftliche Leben in Deutschland ist gesund und wird immer stärker werden.“

Der „Austrowany Kurier Codzienny“ berichtete am 21. Juni über den Besuch, den 36 Schüler des Rogalener Lehrerseminars der Stadt Krakau abtatteten. Es heißt in dem Bericht: „Es sind deutsche Reichsangehörige, die nach Beendigung der Schule und zweijähriger Praxis in Polen nach Deutschland zurückkehren, um in den Kinderheilschulen polnische Lehrstellen zu übernehmen.“

In Wuthen fand am 23. Juni aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens des Verbandes der polnischen Gesangsvereine in Obererschlesien eine Jubiläumstagung statt. Dem genannten Verband gehören über 30 Vereine an. Am dem Fest nahmen auch einige zehn polnische Chöre aus Oberschlesien als Gäste teil. Die Doppelner „Nowiny Codzienne“ berichteten u. a.: „Nach dem Festgottesdienst formierte sich vor der Kirche der Umzug der Sänger. Befehden geschäft, tann man die Zahl der Umzugsteilnehmer mit 3000 annehmen (?). Auf ihrer

Frucht prangte das Abzeichen der Tagung. Voran die Banner, dahinter die bunzelgekleideten Männer, von denen sich die farbigen Kleider der weiblichen Jugend abhoben.“

Am 28. Juni veröffentlichten die „Nowiny Codzienne“ ein Modell des polnischen Hyzeums, das in Ralibor errichtet werden soll. Der Entwurf des dreiflächigen Gebäudes stammt von dem Kattowiger Architekten Tabaus Michajba.

Am 30. Juni wurde das neue Polnische Haus in Jatzkowo (Kreis Flatow) eingeweiht. Die „Gazeta Olsztyńska“ beschrieb in ihrer Nummer vom 26. Juni das Haus wie folgt: „Wenn man nach der stillen polnischen Siedlung Jatzkowo kommt, ragt bereits von weitem unter den bescheidenen landwirtschaftlichen Gebäuden das imponierende Polnische Haus hervor, in dem sich vier Schulklassen, ein Kinderhort, zwei Bildungsheime, eine Bücherei und zwei Säle befinden. Der kleinere Saal ist für Verammelungen bestimmt, in dem größeren dagegen, in dem etwa 1000 Personen Platz finden, sollen Tagungen und Vergnügungen stattfinden. Außerdem ist im Polnischen Haus ein äußerst wichtiger Vorposten, nämlich die polnische Volksbank, untergebracht.“ An der Frontwand des Gebäudes ist eine Nachbildung der schwarzen Maria von Tschentschou angebracht, eingrahmt von zwei „Koblos“. („Koblo“ = Abzeichen des Polenbundes in Deutschland: Auf rotem Grund eine weiße Linie, die den Lauf der Weisheit darstellten soll, an der Kräfte als Symbol der „Wiege polnischer Kultur“ angedeutet ist).

Am 30. Juni fand in Allenstein ein „Fest des polnischen Liedes“ statt. Es nahmen an ihm die polnischen Gesangsvereine aus Ostpreußen teil. Als Gäste waren neben Mitgliedern des polnischen Konsulats in Allenstein der Vorsitzende des Polener Sängerverbandes, Dr. Surzaniowski-Polen, der Professor des staatlichen Musikonservatoriums in Polen, St. Wiedomicz, und die Musikkritikerin des „Dziennik Poznanski“, Bozena Czajkowska, erschienen.

Am 30. Juni fand ein polnisches Sängerkfest in Hamborn-Reumühl (Ruhrgelbiet) statt. Nach dem „Narod“ nahmen 12 Vereine mit 385 Sängern daran teil.

Am 2. Juli wurde in Witschkalkowich (Oberschlesien) von dem Vorsitzenden des Verbandes polnischer Pfadfinder in Deutschland, Rechtsanwält Dr. Kwocajet, ein polnisches Pfadfindertager eröffnet. An dem Lager waren 140 polnische Pfadfinder und 47 Pfadfinderrinnen beteiligt.

Am 7. Juli veranstaltete der Bezirk 2 des Verbandes polnischer Gesangsvereine in Herner seine 6. Tagung. Teil nahmen die polnischen Gesangsvereine aus Herner, Kettlinghausen-Süd, Wengede, Hüllerheide, Herner-Erdingen, Grulbbad und Schwernin. Der „Narod“ berichtete von 600 Teilnehmern.

Im Rahmen des deutsch-polnischen Kinderaustausches wurden in diesem Sommer etwa 4000 polnische Kinder aus Deutschland zu einem mehrwöchigen Ferienaufenthalt nach Polen vermittel. Anders als in früheren Jahren wurden die Kinder diesmal ausschließlich gruppenweise in Ferienlagern und nicht mehr einzeln bei Pflegeeltern untergebracht, „aus pädagogischen Gründen“, wie die Nowiny Codzienne meinten. Außerdem wurden über 100 Schüler der höheren Polenschule in Wuthen nach Polen geschickt. Auch mehrere Duzend polnischer Studenten aus Deutschland fuhren in die Ferien nach Polen.

Das wichtigste Ereignis für die polnischen Volkspfleger in Deutschland, vor allem deren jugendliche Kreise, ist in diesem Jahre die 2. Tagung der polnischen Auslandsjugend in Warschau-Spala gewesen, die am 14. Juli begann. An dieser Tagung nahmen etwa 4000 polnische Jugendliche aus dem Auslande teil. Vertreten waren die polnischen Jugendorganisationen aus Deutschland, Danzig, Lettland und der Tschchoslowakei, ferner aus Rumänien, Ungarn, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, der Schweiz, den Vereinigten Staaten und Brasilien. Aus Deutschland kamen über 2000 polnische Jugendliche. Die Tagung trug einen stark staatspolnisch betonten Charakter.

Der Wahlkampf in Polen

Die Wahlen zum Sejm werden am 8. September stattfinden, die Wahlen zum Senat am Sonntag darauf. Die Befragung der endgültigen Wahlergebnisse wird nicht vor dem 20. September erfolgen. Nachdem am 14. Juli auch der Schließliche Teilgebietsländland aufgelöst worden ist, wird auch dieses Parlament am 8. September neu gewählt werden. Der Schließliche Sejm wird in Zukunft statt der bisherigen 48 nur noch 24 Abgeordnete wählen. Die Wahlvorbereitungen sind bereits in vollem Gange. Die Oppositionsparteien haben in mehr oder weniger scharfer Form den Boykott der Wahlen proklamiert. Es gibt aber in den oppositionellen Parteien eine große Zahl von Leuten, die auf Grund ihrer Bildung oder ihrer beruflichen Stellung immerhin einige Aussicht haben, als Kandidaten aufgestellt zu werden; sie scheinen zum Teil nicht geneigt, sich diese Chance aus Liebe zu ihrer Partei entgehen zu lassen. Die Lage ist sehr unübersichtlich. Die oppositionelle bäuerliche Volkspartei hat in scharfer Form gegen die Wahlbeteiligung Stellung genommen; verschiedene bäuerliche Organisationen dagegen haben beschlossen, alle Möglichkeiten auszunutzen, die sich bieten, um den Bauern eine ihrer Bedeutung für das Volksganze entsprechende Position im Sejm und Senat zu verschaffen. Innerhalb der zum Regierungslager gehörenden P.P.S. Gewerkschaften halten sich die Anhänger der Wahlbeteiligung und des Boykotts etwa die Waage. In Lodz ist die nationaldemokratische Partei auseinandergeplatzt; unter Führung des Rechtsanwalts Komwalski haben sich die Separationisten zu einem „Unabhängigen Nationalen Klub“ zusammengeschlossen. Die Legion der Jungen hat sich ermischt, wie man es nach dem Bruch mit den Regierungsleuten erwartet hatte, aufgelöst, sondern entfaltet eine neue Attitüde.

Kürzlich schrieb der ehemalige Finanzminister Matulski in der „Gazeta Polska“ einen Artikel, in dem er die Parteien als eine überlebte Einrichtung überhaupt abgeschafft wissen wollte: „Der Partei als Instrument des Kampfes um die Macht räumt die neue Verfassung keinen Platz ein.“ So sagte Matulski. Aber kurz zuvor hatte der Oberdeputierte eines anderen, der Regierung nicht weniger nahe stehenden Wlades, des „Kurier Poranny“, das gerade Gegenteil festgestellt und die Bildung legaler politischer Organisationen als „Sicherungs mittel gegen soziale Explosionsgefahren“ empfohlen. Im allgemeinen wird man sagen können, daß die Parteibürokratie der oppositionellen Gruppen gegen eine Wahlbeteiligung ist, weil sie ohnehin keine Aussicht hat, dabei zur Geltung zu kommen, daß dagegen die führenden Leute der Berufsorganisationen eher dazu neigen, sich die — wenn auch nur vage — Gelegenheit zur Vertretung der Berufsinteressen im Sejm und Senat nicht entgehen zu lassen. Wie die breiten Massen, die sowohl den Berufsorganisationen wie den Parteien angehören, sich zu der ganzen Angelegenheit einstellen, darüber läßt sich kaum etwas sagen. Bürokraten und Funktionäre, die heute über die Frage der Wahlbeteiligung teils dieses, teils jenes, bald so und bald anders bestreben, können nicht als Volkstimme gelten. Inwieweit z. B. bei der Eintragung in die Senatswählerlisten der Boykottauflorderung der oppositionellen Parteien Folge geleistet worden ist, ist kaum zu ermitteln. Wohl ist die Zahl derjenigen, die sich in die Listen eingetragen haben, bekannt, über die Zahl derjenigen aber, die eintragungsberechtigt sind, streiten sich die Regierungsblätter mit den Zeitungen der Oppositionsparteien herum. In Lodz z. B. haben sich 8000 Personen als wahlberechtigt eingetragen; die Regierungsanhänger behaupten, das wären etwa 90 v. H., der überhaupt in Frage kommenden Senatswähler; die Nationaldemokraten aber meinen, das seien höchstens 30 v. H.

Wichtig ist die Einstellung der nichtpolnischen Volksgruppen zu den bevorstehenden Wahlen. Die jüdischen Gruppen haben sich, wie es scheint, in der Hauptsache für die Wahlbeteiligung entschieden. Von den ukrainischen Parteien hat sich die größte, die Unio, grundsätzlich für die Wahlbeteiligung ausgesprochen, ihre endgültige Entscheidung jedoch von der Haltung der polnischen Behörden abhängig gemacht. Einige andere

ukrainische Gruppen haben den Boykott propagiert. Einer der kirchlichen Führer der Ukrainer, Szeptycki, hat seinen Geistlichen die Beteiligung an den Wahlen verboten. Von nationaldemokratischer Seite wurde das Gerücht ausgebreitet, daß die polnische Regierung den Ukrainern in Ostgalizien und Bukowina 15 Sejmmandate fest zugesagt habe. Auch den Juden soll eine bestimmte Anzahl von Sitzen von vornherein zugewiesen worden sein. Besprechungen zwischen den Vertretern der ukrainischen und jüdischen Gruppen auf der einen und der polnischen Regierung auf der anderen Seite haben stattgefunden. Lieber ihr Ergebnis ist wenig Positives bekannt. Auch von Seiten der deutschen Volksgruppe wurde mit der Regierung Fühlung genommen. Für die Deutsche Bereinigung hat Dr. Kohnert und für die Jungdeutsche Partei Landesführer Wisner mit dem Ministerpräsidenten bzw. mit dem Innenminister verhandelt. Die Besprechungen haben sich nicht nur auf die Wahlen, sondern auch auf verschiedene andere, für die Deutschen in Polen lebenswichtige Fragen bezogen. Die Deutschen sind an dem Wahlkampf, der sich zwischen den verschiedenen politischen Gruppen des Polentums abspielt, nicht beteiligt.

Aber sie legen den größten Wert darauf, in den parlamentarischen Körperchaften, vor allem im Senat, durch eine Reihe ihrer maßgeblichen Wortführer vertreten zu sein. Diese Vertretung wird für die Deutschen in Zukunft noch wichtiger sein als bisher. Bisher arbeiteten Sejm und Senat nach der üblichen demokratisch-parlamentarischen Form, bei der die wenigen deutschen Vertreter nicht zur Geltung zu kommen vermochten. In Zukunft dagegen wird den einzelnen Mitgliedern von Sejm und vor allem Senat eine größere individuelle Bedeutung zukommen, da die Regierung offenbar daran denkt, sie als die berufenen Wortführer der von ihnen vertretenen Bevölkerungsgruppen bei Verhandlungen über diese Gruppen jeweils beherrschenden Angelegenheiten zu Rate zu ziehen. Die Deutschen sind unter der Voraussetzung, daß sie eine der Bedeutung ihrer über die verschiedenen Landesteile Polens verstreuten Siedlungsgruppen entsprechende Vertretung erhalten, zur Teilnahme an den Wahlen bereit. Da sie infolge ihrer räumlichen Zerstreuung und angelegentlich des komplizierten Wahlsystems aber nur wenig Aussicht haben, bei den Wahlen selber zum Zuge zu kommen, haben sie ein Recht, zu verlangen, daß sie wenigstens bei der Verteilung jenes Teils der Senatsmandate berücksichtigt werden, deren Vergebung durch den Staatspräsidenten durch Ernennung erfolgt.

Was die polnische Regierung anlangt, so dürfte diese einigen Grund haben, diese gerechte Forderung der Deutschen nicht unberücksichtigt zu lassen. Sie befindet sich innerpolitisch in einer durchaus nicht beneidenswerten Situation. Das Interesse für die Wahlen ist unter der veredelten Bauernschaft nur gering; und die Boykottpropaganda der Oppositionsparteien scheint in breiten Bevölkerungsschichten auf fruchtbaren Boden zu fallen. Die Regierung muß aber nicht nur aus innerpolitischen Gründen, sondern auch mit Rücksicht auf das Urteil des Auslandes den größten Wert darauf legen, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erzielen. Sie hat es zwar dank ihrer raffiniert ausgetüchtelten Wahlsystems in der Hand, dafür zu sorgen, daß möglichst wenig Vertreter der oppositionellen Parteien in die zu wählenden Körperchaften gelangen. Aber sie wird niemals behaupten können, daß Sejm und Senat Volksvertretungen sind, wenn ihre Gegner darauf hinweisen können, daß die Wahlen von einem Drittel oder gar von der Hälfte der Wahlberechtigten boykottiert worden sind. Nicht in der Zusammenfassung von Sejm und Senat, sondern in der Höhe der Wahlbeteiligung liegt die Antwort auf die Vertrauensfrage, die beizubringen, so auch bei diesen Wahlen gestellt wird. Je höher also die Wahlbeteiligung, um so positiver die Antwort für die Regierung. Es ist unter diesen Umständen verständlich, wenn sich die Regierung um die Wahlbeteiligung der nichtpolnischen Volksgruppen, die immerhin weit mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung Polens ausmachen, bemüht.

881, Mähmaschinen 0,33 bzw. 3,70, Dreschmaschinen 1,01 bzw. 5,24. Weiter kommen in Großlitauen auf je 100 Hektar 16,6 Milchfüße, im Memelland dagegen 29,4, in Großlitauen 30,3 Schweine, im Memelland aber 59,7. Der Verbrauch von Kunstdünger ist je 100 Hektar im Memelgebiet 2½mal so groß wie in Großlitauen, der Verbrauch von Stidstoff 11mal und der Verbrauch von Kalisalz sogar 17mal so groß. Im Vergleich zur Landwirtschaft in Großlitauen arbeitet die memelländische Landwirtschaft besser, aber auch teurer. Ihre Erzeugnisse sind nahezu unabhängig geworden. Sie erstreckt förmlich im Ueberfluß ihrer Produkte. Die Preise, die sie für ihr Vieh usw. erhält, reichen nicht im entferntesten aus, um die Selbstkosten zu decken. Wenn ein Bauer im Kreise Pogege für einen Zentner Schweinefleisch (Lebensgenut) 4,16 *R.M.* für ein Ei 2 bis 3 Pfennig, für ein Pfund Butter 37 Pfennig usw. erhft, dann ist es klar, daß er seine Erzeugnisse nicht auf den Markt bringt, um zu verdienen, sondern bloß deshalb, weil er gezwungen ist, selbst mit Verlust zu verkaufen, um nur überhaupt in den Besitz von etwas Bargeld zu kommen, dessen er zur Aufrechterhaltung seiner Wirtschaft dringend bedarf. Und wenn es ihm wirklich gelingt, seine Erzeugnisse zu einem Schleuderpriese loszuwerden, dann kann er mit Glück sagen, wenn ihm das dhische Geld nicht sofort wieder von den Sprhebenden der litauischen Steuerverwaltung vor der Nase weggeschnappt wird. Sehr oft aber ist es ihm auch zu den lächerlich niedrigen Preisen nicht einmal möglich, Brnehmer für seine Produkte zu finden. So ist erst vor kurzem in einer Einschließung der Memeler Handelskammer festgestellt worden, daß mehrere tausend Zentner Rse, die seit Wochen und Monaten verkaufsfertig lagern, aber keinen Absatz finden, verberben. So wird die memellndische Landwirtschaft langsam aber sicher zugrundegerichtet. Von dem früheren Wohlstand ist nur noch wenig übriggeblieben. Wenn diese Entwicklung bisher noch nicht zu einer weitgehenden Entvrmung des alleingeldlosen Bauernstandes geführt hat, so ist das einmal der Tatsache zu danken, daß dank der früheren günstigen Verhältnisse die grundbuchmige Verschuldung der memellndischen Landwirtschaft verhältnismäßig gering ist, und weiter der Tatsache, daß Zwangsversteigerungen wegen des Fehlens zahlungsfhiger Käufer kaum durchgeführt werden können.

Schamaitische Nachrichten

„Das Land der tausend Wunder“!

Recht interessant ist, was einige der kürzlich bei ihren Fahrten durchs Memelgebiet und Litauen verhafteten ausländischen Studenten nach ihrer Rückkehr nach Deutschland über ihre Ergebnisse zu berichten hatten: „Was mir am meisten imponierte“, erzählt einer dieser Studenten, „war, daß ich in Memel auf der Straße kein einziges litauisches Wort gehört habe. Als wir die Kinder fragten, ob sie litauisch sprechen könnten, da tippten sie mit dem Finger gegen die Stirn und lachten uns aus. Auf unsern Auszug über die litauische Grenze nach Neustadt fiel uns sofort der Unterschied zwischen dem memellndischen und litauischen Gebiet auf. Auch ohne die Grenzpfähle hätte man auf den Meter genau die Grenze auf Grund der Straßen, Acker- und Siedlungsverhltnisse bestimmen können.“ Ein amerikanischer Student berichtete u. a.: „Als wir den litauischen Beamten in ruhiger Form auf die Ordnungsmäßigkeit des Vilnius aufmerksam machten, fuhr er uns mit den Worten an: Vergessen Sie nicht, daß Sie in Litauen sind. Wenn Sie nicht endlich aufhören zu reden, kriegen Sie was mit dem Gummiknüppel und Sie fliegen in Arrest.“ Nach diesen Worten merkten wir allerdings, daß wir in Litauen waren. Ueberhaupt merkten wir schon nach wenigen Stunden, daß wir uns im Memelgebiet dank der litauischen Herrschaft und noch mehr in Litauen selbst in einem Land der tausend Wunder befanden. Das grote Wunder war wohl die Unhöflichkeit der litauischen Beamten ausländern gegenüber, von der man sich keinen Begriff machen kann. Ein weiteres Wunder war es für uns, daß Litauen es fertig gebracht hat, in das rein

Litauen hat seine völlige Unfähigkeit, ein wirtschaftlich hochstehendes Gebiet, wie es das Memelland ist, zu verwalten, bewiesenen. Die einzige „Leistung“, die es aufzuweisen kann, ist neben der politischen Knechtung der deutschen Bevölkerung die Infigierung der memellndischen Wirtschaft mit den Krankheitskeimen seiner eigenen Wirtschaft. Es heißt daher mit Recht in einem kürzlich von einem Memellnder verfaßten Artikel über die Wirtschaftsnot im Memelgebiet: „Die einzige gerechte Lösung der Memelfrage wäre, daß man das Gebiet zu Deutschland zurückführen läßt, zu dem es will, und dem es nie hätte getrennt werden dürfen. So erhebt sich hier immer gebieterischer der Ruf nach Abstimmung! Einer Abstimmung, an der natürlich die teilnehmenden dürfen, die durch die Litauer unter gleichzeitiger Verdrängung der früheren Bewohnerchaft ins Rand geholt wurden und noch täglich geholt werden. Nur diejenigen dürfen abstimmen, die zur Zeit des litauischen Einfalls in das Memelgebiet hier ihre Heimat hatten und somit damals schon abstimmungsberechtigt gewesen wären. Das Ergebnis einer solchen Abstimmung wäre dann der Welt beweisen, welches Unrecht das Verfaller Diktat uns im Memelgebiet zugeführt hat.“

Litauerfreiheit bemüht man sich, die Berechtigung dieser Forderung durch eine „Beweisführung“ zu entkräften, die schließlich auf die dreifache Behauptung hinausläuft, daß die Meinung von 140 000 Memeldeutschen bedeutungslos sei, wenn es um das Wohl des litauischen Staates gehe. Für Deutschland, schrieb kürzlich das litauische Regierungsblatt, der „Lietuvos Aidai“, sei das Memelgebiet eine nebensächliche Frage, für Litauen aber sei der Besitz dieses Gebietes eine „Lebensnotwendigkeit“, weil es „der einzige Zugang des Staates zum Meere“ darstelle. Dazu wäre zu sagen, daß es wohl einzig und allein Deutschland zuzuteil, darüber zu entscheiden, was ihm nebensächlich ist und was nicht. Und was das Argument vom Zugang zum Meere anlangt, so wird den Litauern selbst von einem so unerbchtigen Zeugen wie dem „Kurier Warszawski“ bezeugt, daß die Existenz ihres Staates keineswegs vom Besitz des Memellandes abhängt.

deutsche Memellnder fast nur litauische Beamte zu legen, die nur litauisch sprechen können. Es ist sonst überall in der zivilisierten Welt üblich, daß die Grenzbeamten und die sonstigen Beamten in den Grenzgebieten wenigstens zwei Sprachen beherrschen. Allein Litauen macht eine Ausnahme hieron. Ueber seine Einbrute über die litauischen Wahlvorbereitungen befragt, erklärte der amerikanische Student: „Es wäre zweckmäßig, wenn man zu den Wahlen überall neutrale Wahlkommissionen entsenden würde, weil sonst der Terror und der Druck von litauischer Seite zu groß wären, um eine wirklich freie und geheime Stimmabgabe zu gewährleisten.“

Weltpostverein gegen litauische Postverwaltung

Die litauische Postverwaltung hatte bekanntlich vor längerer Zeit angeordnet, daß Postsendungen im Memelgebiet nicht mehr zuzustellen sind, wenn in der Anschrift die Ortsbezeichnungen in deutscher Sprache angeführt sind. Die Postverwaltung hat dann sogar die Dreifeltigkeit befohlen, sich an den Weltpostverein mit der Forderung zu wenden, daß die memellndischen Ortsnamen in dem neuen Verzeichnis des Weltpost- und Telegrafenvereins ausschließlich in litauischer Sprache angeführt werden! Sie wollte also, daß von dieser neutralen Stelle eine offensichtliche Verletzung des Memelstatutes, in dem grundtglich die Gleichberechtigung der deutschen und litauischen Sprache festgesetzt worden ist, gutgeheen wird. Der Weltpostverein hat den Antrag der unverschlmten Schamaiten abgelehnt. Nicht nur auf Grund des Memelstatutes, sondern auch nach der von ihr selbst provozierten ausbruchlichen Entscheidung des Welt-

postvereins ist die litauische Postverwaltung also verpflichtet, Postverbindungen mit deutscher Ortsnamenanschrift in Memelland zu bestellen. Unter zivilisierten Nationen ist es selbstverständlich, daß die von dieser internationalen Stelle getroffenen Entscheidungen eingehalten werden. Die litauische Postverwaltung scheint keinen Wert darauf zu legen, daß ihr Staat als ein von zivilisierten Menschen bewohntes Gebiet angesehen wird.

Vorfall! Spiel!

Die Deutschen, die während der Sommermonate die schönen Bäder des deutschen Memellandes besuchen, tun gut daran, sich jeder politischen Äußerung gegenüber unbekanntem Personen zu enthalten. Es ist festgestellt worden, daß die litauische Polizei die reichsdeutschen Badegäste bespioniert läßt. Die Spielzeile pflegen sich an die Badegäste heranzumachen, um sich über dieses oder jenes mit ihnen zu unterhalten und unauffällig das Gespräch auch auf politische Dinge zu bringen. Sie geben sich dabei selbst als Badegäste aus, promienieren im Stranbadje herum und bedienen sich der deutschen Sprache. Unbedachte politische Äußerungen können unangenehme Folgen haben. Vorzicht ist geboten. Aber es braucht sich dadurch niemand vom Besuch der memelländischen Neuhungsbäder abhalten zu lassen.

Neuer Vorstoß gegen die evangelische Kirche

In der evangelischen Kirche Litauens herrschen schon seit Jahren ungeordnete und vermorrne Zustände. Dies geht auf ungeliebliche Maßnahmen des litauischen Konfistoriums zurück, die zu vielen Streitigkeiten und Auseinandersetzungen geführt haben. Jetzt scheint die litauische Regierung hier eingreifen zu wollen. Vor kurzem ist der Rechtsbeistand des Konfistoriums, Kaopolis, den die Wehrheit der evangelischen Gemeinden ablehnt, von seinem Posten abberufen worden; auch der Geschäftsführer des Konfistoriums ist zurückgetreten. Diese personellen Veränderungen hängen offensichtlich damit zusammen, daß vom litauischen Staatsrat der Entwurf einer Verfassung für das gesamte evangelische Kirchenwesen Litauens einstimmlich des Memelgebietes festgestellt worden ist. Demnach soll das gesamte Gebiet in zwei Kirchen gegliedert werden, die evangelisch-lutherische und die evangelisch-reformierte. Die weitere Einteilung sieht drei Kirchenprovinzen vor: die evangelisch-lutherische

Provinz des Memelgebietes, die evangelisch-lutherische Provinz Groß-Litauens und die evangelisch-reformierte Provinz Litauens. Die Hauptorgane der gesamten evangelischen Kirche Litauens sollen die Generalsynode und der Oberkirchenrat sein. Die drei Kirchenprovinzen sollen ihre Konfistoren und Provinzialräte besitzen und gewisse autonome Rechte haben. An der Spitze des Oberkirchenrates steht ein Bischof, der vom Staatspräsidenten aus drei von der Generalsynode vorgeschlagenen Kandidaten gewählt wird. Wenn dieser Bischof nicht würdig wäre, würde die evangelische Kirche des Memelgebietes in die Gesamtkirche Litauens eingegliedert sein. Das würde einen neuen schweren Eingriff in die autonomen Rechte des Memellandes bedeuten.

Die Studentenschaft der Universität Kaun

Interessant sind die statistischen Angaben über die Zusammensetzung der Studentenschaft Litauens. Litauen hat eine Universität in Kaun. Dort studierten im Frühlingsemester dieses Jahres 3600 immatrikulierte Studenten. Ihre soziale Herkunft geht aus den Berufsangaben für die Eltern der Studenten hervor; von den Eltern waren 1595 Landwirte, 110 Gewerbetreibende, 407 Kaufleute, 451 Staatsbeamte, 69 Privatbeamte, 420 Angehörige freier Berufe, 65 Kapitulanten, 136 Arbeiter, 48 Pensionäre, 48 Unterfürgungsempfänger, der Rest ohne Berufsangabe. Von den Studenten waren der Staatsangehörigkeit nach 3555 Litauer, 6 Lettländer, 1 Estländer, 8 Amerikaner, 1 Namenspaßinhaber, 28 Staatenlose, 8 ohne Angaben. Die Statistik der Sprachkenntnisse ergibt folgendes Bild: Deutsch 2282, Russisch 1745, Polnisch 826, Englisch 581, Französisch 524, Lateinisch 474, Hebräisch 456, Niddisch 392, Lettisch 127, Griechisch 52, Esperanto 51, Italienisch 16, Tschechisch 15, Wehrussisch 11, Estnisch 4, Fäinisch und Spanisch je 3, Dänisch, Ukrainisch, Slowatisch und Ungarisch je 1. Es zeigt sich also, daß Deutsch die weitaus am häufigsten gesprochenen Fremdsprache der an der Universität immatrikulierten Studenten ist. Es folgt in erheblichem Abstand die russische Sprache, dann in weitem Abstand das Polnische und dann erst wiederum in beträchtlichem Abstand das Englische und Französische. Die beiden Sprachen, die jetzt an den höheren Schulen des Landes als erste Fremdsprachen eingeführt worden sind.

Kostowski über nordische Politik

Man kann einem Menschen wie dem ehemaligen Senator Kostowski nicht zumuten, daß er etwas, was ihm ein Deutscher gesagt hat oder was er in deutschen Büchern gelesen hat, glaubt. Kostowski kennt die späten Nachfahren der „heimtlichen Kreuzritter“ viel zu genau, als daß er sich jemals dazu verleiten ließe, hinter ihren Worten und Taten etwas anderes denn hinterlistige politische Bosheit und Verschlagenheit zu vermuten. So ist es ihm auch mit dem deutschen Kaiser zu gegangen. Es hat erst ein Italiener, Arturo Labriola, kommen müssen, um den Senator a. D. darauf zu bringen, daß es mit dem unheimlichen „Rassismus“ vielleicht doch etwas auf sich haben könnte. Von einem anderen als einem Deutschen läßt er sich gern überzeugen. Und er hat seine neuen Erkenntnisse, die durch Labriola ihren politischen Unbedeutlichkeitsermerk erhalten, haben, auch sofort zum Besten gegeben. Man muß sagen: Kostowski hat bezugelert. Daß er dabei den deutschen Lehrgemeister abgelehnt hat, wird in Deutschland niemandem schmerzen.

Am „Kurjer Warszawski“ hat er sich kürzlich über die Rassenolidarität der nordischen Staaten verbreitet. Er hat u. a. geschrieben: „Oberhaupt ist es wahrscheinlich, wenn nicht gewiß, daß wir in eine geschichtliche Phase eintreten, in der die nordischen Nationen bestrebt sein werden, eine gemeinsame, einheitliche Politik zu machen. In Wirklichkeit haben Bestrebungen dieser Art nicht erst seit gestern bestanden. Es genügt, an den Protestantismus zu erinnern, der eine der nordischen Rasse eigentümliche Erscheinung ist. Der Nationalsozialismus ist sehr aufrichtig, wenn er den Wunsch offenbart, sich England zu nähern; und dieses breitet instinktiv jeine

Arme aus, obzwar es durch diese oder jene Bedenken vorerst noch zurückgehalten wird.“ Kostowski verweist dann auf die Neigung der skandinavischen und skandinavischen Staaten, ihre Politik miteinander und mit derjenigen Deutschlands ständisch in Übereinstimmung zu bringen. „Die drei skandinavischen Staaten haben doch gegenmütig sozialistische Regierungen. Nun, dieser Sozialismus hat sie nicht im geringsten daran gehindert, eine anti-russische und zugleich germanophile und den englischen Weisungen gehorchende Politik zu treiben. Wir leben, heißt es dann weiter, einer immer bestimmter sich entwickelnden nordischen Solidariät gegenüber, die vorerst einen antirussischen Charakter annimmt, im Grunde aber der skandinavischen Weltfeldlich ist und auch einen antilettischen Charakter besitzt. Im 16. Jahrhundert hatte diese Opposition eine religiöse Form angenommen und den Protestantismus erzeugt. Ihre gegenwärtige Form ist der Rassismus... Die Rassenwirklichkeiten gewinnen die Oberhand. Nicht nur, daß der skandinavische Sozialismus diese Entwicklung nicht hemmt, er scheint sie vielmehr zu fördern. Jedenfalls denkt er nicht daran, die Rassendoktrin auf dem Altar der internationalen Verrippungen sozialer Färbung zu opfern. Das ist eine belehrende Geschichte.“ Zum Schluß aber kommt bei Kostowski doch wieder die alte und unausrottbare Angst vor den Deutschen zum Durchbruch, eine Angst, deren krankhaften Charakter man nur mit den uneingeländerten Seelenqualen eines schlechten Gewissens zu erklären vermag: Kostowski verweist nämlich darauf, daß „auf der Ostsee der Rassismus den nordischen Interessen zu dienen habe, und die werden zu 95 v. H. durch die Deutschen repräsentiert“.

15 Jahre nach der ostpreussischen Abstimmung

Der nationaldemokratische „Kurier Lwowski“ brachte zum 15. Jahrestage der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen einen Gedenkartikel, der nach Inhalt und Ton nicht erkennen läßt, daß die Nachricht vom Abschluß eines Gewaltvertrages und verschiedener anderer Abkommen über die Befriedigung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen schon bis Lemberg durchgedrungen ist. Wieder einmal wird in diesem Artikel das eindeutige Bekenntnis, das die Bevölkerung der Abstimmungsgebiete im Jahre 1920 zu Deutschland abgelegt hat, bemerkt und beweielt. Wieder einmal werden Besiansprüche auf dieses Land erhoben, das vor 15 Jahren dem polnischen Staat und dem polnischen Volk eine durchaus unmißverständliche Abgabe erteilt hat und auch jederzeit bereit wäre, sein damaliges Wort mit derselben Eindeutigkeit zu wiederholen. Der „Kurier Lwowski“ schrieb am 13. Juli u. a.:

„Diese Niederlage vernichtete nicht unsere jahrhundertalten Rechte. Wir haben uns im Gegenteil auf zahlreichen ermländisch-masurenischen Tagungen, deren Zeugen wir in Sobtau und Thorn waren, davon überzeugt, daß wir auf dieses Gebiet sowohl ein historisches als auch ethnographisches Recht haben (?). Nach diesem großen Betrugsmanöver (!) erwachten der Ermänder und der Masure, und sie stellten fest, daß der „Saisonstaat“ an Macht wächst, daß das Vaterland (!) seine Hand nach seinen Söhnen (!) ausstreckt, die man nicht zurückstoßen darf. Nach der Volksabstimmung arbeiteten die Deutschen einen Plan für die Beendigung dieses Gebietes aus. Die Garnisonen wurden verstärkt, die Verwaltung wurde erweitert, jeder Morgen Landes wurde kolonisiert, es wurden Autotrafiken, Eisenbahnen gebaut, die polnischen Organisationen wurden vernichtet, es wurden zahlreiche Denkmäler errichtet, die von den Taten des preussischen Terroristen Zeugnis ablegen sollten, der ein würdiger Nachfolger der Ritter von Marienburg war. Wir haben im Jahre 1920 eine Niederlage erlitten, aber unser väterlicher Gedanke und unser väterliches Gewissen lehnen ständig zurück zu diesen Wegen Boleslaw Chrobry's, die durch viele Könige, angefangen mit Kazimierz Jagiellonczyk und endigend mit Sobieski, erbaut worden sind; wir werden unter allen Umständen

den dorthin zurückkehren. Ein verlorenes Spiel macht uns nicht mutlos, sondern befehlt uns, nach der Untersuchung der Gründe für die Niederlage unser Augenmerk auf die Gebiete zu lenken, die am Fuße der Marienburg, bei Elbing, an der Passarge, bei Moryungen liegen. Polen hat die ermländisch-masurenische Volksabstimmung nicht anerkannt und beim Völkerverbund Protest erhoben, der bisher nicht erwidert wurde ... Die Seite unserer tausendjährigen Geschichte wurde noch nicht bis zum letzten Buchstaben geschrieben.“

Neben anderen Blättern befaßte sich auch der „Warszawski Dziennik Narodowy“ am 11. Juli mit der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen. Nur im Kreise Stuhm, schrieb das Blatt, habe Polen einen kleinen Erfolg errungen; dort hätten 22 Dörfer für Polen gestimmt, im Ermland dagegen von 583 Dörfern nur 4 und von den weiteren 275 Dörfern in Westpreußen nur 3. In Ostmasuren seien für Polen überhaupt nur 95 Stimmen abgegeben worden, denen 162 632 deutsche Stimmen gegenüberstanden. Das sei in Anbetracht des ethnographisch polnischen Charakters (!?) dieses Gebietes ein „Beweis für Mißbräuche“. Polen habe diesen Kampf um Ostpreußen verloren. „Das bedeutet aber nicht, daß das ein Verlust für ewige Zeiten sein soll. Eine Angelegenheit, um die ein Volk seit tausend Jahren kämpft, verliert man nicht durch einen einzigen Mißerfolg. Dieser Kampf wird zweifellos irgendwann einmal in der Zukunft wieder aufgenommen werden“, schließt das Blatt.

Derartige Äußerungen sind nicht mißzuverstehen. Und sie werden, wo sie in Deutschland gehört werden, auch richtig verstanden. Man sage nicht, daß es sich bei den erwähnten Artikeln ja nur um die Meinungen oppositioneller Zeitungen handle, die auf die Führung der politischen Geschäfte ja doch keinen Einfluß ausüben können. Denn erstens ist es noch gar nicht sicher, ob das Regierungskabinett in Polen gegen derartige nationaldemokratische Meinungen hinreichend immun ist; und zweitens ist die Tatsache, daß es in Polen heute noch möglich ist, daß in der Presse eine nur schlecht überfüllte Grenzrevolutionspropaganda getrieben werden darf, einigermassen verdächtig.

Ostland-Chronik

Der Ausbau Groß-Obingens

Nachdem der Öbinger Hof an im wesentlichen fertiggestellt ist und nur noch durch den Bau eines dem Passagierverkehr dienenden Bedens und eines Holzhauses ergänzt wird, wird der bedeutsame Ausbau der Stadt Öbingen nach einem Ende 1934 vom polnischen Ministerrat aufgestellten Fünfjahresplan in Angriff genommen. In Durchführung dieses Planes soll Öbingen alle die kommunalen Einrichtungen, Industrie- und Handelsunternehmungen erhalten, deren eine Hafenstadt bedarf. Zunächst soll vor allem das städtische Straßennetz, das bisher noch viel zu wünschen übrig läßt, ausgebaut werden. Vorgezogen ist ferner der Bau eines Rathauses, eines Schlachthauses, eines Krankenhauses, eines Leihers, der Bau von Schulen, Säulings- und sonstigen Heimen sowie einer Markthalle. Im ganzen sind für diese Bauten 25 Mill. Zloty angelegt worden, eine Summe, die zur Durchführung des Programms freilich bei weitem nicht ausreicht, da der Bau von 90 000 am Straßensätze allein schon etwa 25 Mill. Zloty erfordert. Ueberdies ist man sich auch noch nicht im Klaren darüber, auf welche Weise die Mittel aufgebracht werden können. Die Stadt Öbingen tann die Kosten ihres Ausbaues keinesfalls selber tragen; sie ist auch nicht in der Lage, die in Vorschlag gebrachten Anleihen zu verzinsen. Auf die eine oder andere Art wird also der Staat einspringen müssen. Man rechnet auf polnischer Seite mit einem weiteren raschen Anwachsen der Einwohnerzahl Öbingens. Schon bisher ist diese Zahl in einem gerabezu „amerikanischen Tempo“ gestiegen. Sie hat nach den Berechnungen des Öbinger Regierungskommissars am 1. Juni d. Js. 53 192 Personen betragen, einschließlich der

nur vorübergehend angemeldeten Personen und der Ausländer annähernd 60 000 Personen. Wenn demnach, wie beabsichtigt, die Ortshäfen Adersdorf und Klein-Rag eingemeindet werden, wird die Einwohnerzahl Groß-Öbingens fast 70 000 Personen betragen. Bis zum Jahre 1940 hofft man auf polnischer Seite durch den Ausbau der Industrie und die Zentralisierung des polnischen Ueberseehandels in Öbingen dessen Einwohnerzahl auf 120 000, vielleicht sogar auf 150 000 Personen heraufzudringen zu können.

Wieder Ausschreitungen gegen Deutsche in Pommerellen

In Eigershütte in Pommerellen ist es bei einer Verammlung der Jungdeutschen Partei zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In einem Lokal hatten sich etwa hundert Mitglieder der Jungdeutschen Partei zu einer Versammlung zusammengefunden. Der Versammlung wohnten zwei polnische Wachmeister bei, die auch vorher dafür Sorge getragen hatten, daß die Deutschen ihre Städte ablegten. Plötzlich drang ein polnischer Strohtrupp in den Saal. Die Polen ließen mühe Schimpfpanonaden in polnischer Sprache auf die Deutschen los und sangen ein polnisches Lied. Danach versuchten sie, ihre Beleidigungen zu verdeutlichen und sprachen von „Brunnenvergiftung“. Der Ortsgruppenleiter forderte die Wachmeister auf, die Ruhe wiederherzustellen. Die Antwort hierauf war ein noch lauterer Schreien und Loben der Polen. Als die Deutschen Anstalten machten, nach Hause zu gehen, rotteten sich die Polen zusammen und kürzten dann mit Knüppeln, Totschlägern und Wessern auf sie los. Die Deutschen versuchten, soweit es noch möglich war, wieder in den Besitz ihrer Städte zu gelangen, um sich wenigstens not-

dürftig zur Wehr setzen zu können. Die Uebermacht jedoch war zu gering. Einige der Deutschen trugen sich an ihre Schwächen, andere waren so zusammengefallen, daß sie abtransportiert werden mußten. Der Landesbesieger der Jungdeutschen Partei forderte die Wachtmeister auf, die Vorläufe zu protokollieren zu nehmen. Die Wachtmeister bekräftigten sich darauf, die Deutschen, die sich zur Wehr gefehlt hatten, aufzuschreiben und abführen zu lassen! Die anderen Deutschen, die verlangten, daß die Angreifer bestraft würden, wurden auf Befehl der Wachtmeister mit Gewalt auseinandergetrieben.

Die Ufa sticht in Polen

Ein „geistreicher“ Mann schrieb kürzlich im Krafauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny“, Kopernikus sei gewissermaßen der erste Vorläufer der Filmmute gewesen. Der Mann hat sich den Zusammenhang ansehender folgendermaßen gedacht: Die Filmmute „drehen“, und Kopernikus hat gesagt: „Und sie bewegt sich doch.“ Leider war es aber Galilei, der das gesagt hat. Der Vergleich stammt aus einem Bericht des Krafauer „Kurjer“ über eine Filmmexpedition der Ufa, die gegenwärtig in Polen arbeitet, um dort Städte, Landschaft und Menschen für einen Filmmuseum über Polen aufzunehmen. Die Arbeit dieser Expedition hat in Krafau, dem (größtenteils deutschen) „Museum Polens“, begonnen. Es ist zu begrüßen, daß diese und andere Vorträge, die zahlreiche Zeugen alter deutscher Kulturerschöpfung bergen, auch der breiten deutschen Öffentlichkeit einmal in lebendiger Bildfolge zugänglich gemacht werden sollen. Die Filmmute der Ufa sind ständig von polnischen Wissenschaftlern und Volkshändlern begleitet. Es ist daher angebracht, den Filmmutereien, ehe er der Öffentlichkeit vorgelegt wird, und vor allem seine Besprechung von deutschen Sachverständigen noch einmal sorgfältig nachprüfen zu lassen.

Pilsudski-Denkmal in Kattowitz

Überall in Polen beschäftigt man sich mit Denkmalsplänen für Marschall Pilsudski. Das größte Denkmal, das bereits im Entstehen begriffen ist, stellt der Pilsudski-Hügel auf dem Sominiec bei Krafau dar. Auch Warschau, Wilna und andere Städte wollen ihre imposanten Pilsudski-Denkmäler haben, so auch Kattowitz. Wie Dr. Gracinski mittelteil, soll das Denkmal für den Marschall zugleich den schlesischen Aufständen gewidmet sein, und zwar soll es das erste hochkünstlerische Aufstandedenkmal in der Wojewodschaft werden, da die bisher in verschiedenen Städten errichteten Aufstandedenkmäler künstlerischen Anforderungen nicht genügen. Als Platz für das Denkmal ist die große Grünanlage am Wojewodschaftsgebäude zwischen diesem und dem geplanten Gebäude des Wojewodschaftsmuseums ausersehen. Zur Gewinnung von Entwürfen wird ein öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben werden. Man rechnet damit, daß die Kosten des Denkmals sich auf rund 400 000 Zloty belaufen werden. Der Denkmalsplan soll nach einem Wort des Wojewoden gemessenermaßen die „Metropolis von Kattowitz“ werden. Aus den bisherigen Sammlungen stehen 30 000 Zloty zur Verfügung. Von der Industrie sind 50 000 Zloty in Aussicht gestellt. Die übrigen Mittel sollen teils aus Geldern der Wojewodschaft, teils durch öffentliche Sammlungen aufgebracht werden. Da es sich um ein Denkmal handeln soll, das gleichzeitig für Pilsudski und die polnischen Aufständischen gelten soll, braucht man um eine passende Inschrift nicht verlegen zu sein. Geeignet wäre z. B. das bekannte Wort: „Ober- und unterirdische Kämpfe“ was hier in der polnischen Sprache „Kämpfe der deutschen Kolonie“

Ehrenmal für die Freikorpskämpfer.

Am Annaberg ist der Freiwillige Arbeitsdienst dabei, einen Thingplatz zu schaffen, der einer der schönsten derartigen Plätze im Reich sein wird. Eine natürliche Freisäule schließt den Platz ab. Als Krönung dieser Feinsand wird ein Ehrenmal für die Gefallenen der Freikorps entworfen. Der vom Propagandaministerium bereits genehmigte Entwurf stammt von dem Münchener Architekten Robert Tischler. Durch einen schmalen Eingang wird man einen Wandelgang betreten, der durch Bufen ab und zu einen Blick ins Freie gibt und zu einer

Ehrenhalle führt, die durch eine Öffnung in der moosfarbverzierten Kuppel erhellt wird. Die schlichte Ausstattung der Halle wird in einem filbernen Kranz und in zwölf Lonnennischen bestehen, in denen sich auf Schieferplatten, in Blei ausgelegt, die Wappen der deutschen Landsmannschaften befinden. Das Ehrenmal für die gefallenen Freikorpskämpfer wird durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge erbaut. Die Mittel sollen durch eine Straßenanleihe des Volksbundes aufgebracht werden.

Polnische Feststellung zur deutschen Bevölkerungspolitik

Der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ befaßt sich in einem Leitartikel mit der „bevoölkerungspolitischen Revolution“ in Deutschland und betont, daß die nationalsozialistische Revolution nicht nur eine politische gewesen sei, sondern das ganze deutsche Volk bis in seine tiefsten Tiefen umgewandelt habe. Die Zunahme der Geburten um 100 Prozent sei eine in der Geschichte der zivilisierten Völker einzigartige Erscheinung und wohl die wichtigste Erscheinung der Gegenwart überhaupt. Das deutsche Volk verhalte sich sowohl in futuristisch-abolitionistischer Hinsicht wie auch in der Zusammenfassung seiner Bevölkerung, während gleichzeitig die anderen westlichen Völker Europas alterten. Das Ethos des deutschen Volkes seine Weltanschauung und seine Ziele seien in kürzester Zeit völlig gewandelt worden. Eine solche Wandlung könnten jedoch nur geistige Bewegungen hervorrufen, die wie religiöse Bewegungen wirkten. Da der Nationalsozialismus dies erreicht habe, so sei ein Beweis dafür erbracht, daß er eine sittlich-religiöse Bewegung darstelle und nicht nur eine politische, was man bisher völlig übersehen habe.

Polksie Radio

Die polnische Rundfunkgesellschaft „Polksie Radio“ ist Anfang Juli in den Besitz der polnischen Regierung übergegangen. Bisher befanden sich die Aktien fast durchweg in den Händen einer Gruppe von Privatleuten, die Regierung besaß nur wenige Aktien. Jetzt ist die Regierung der alleinige Inhaber. Der bisherige Generaldirektor des „Polksie Radio“, Chamec, wird bis zum Ablauf seines zweijährigen Kontrates die Geschäfte weiterführen. Seine Befugnisse sind durch den Eintritt von Vertretern der Regierung in die Direktion wesentlich eingeschränkt worden.

Deutsches Kriegsschiff besucht Gdingen

Nachdem vor einiger Zeit zum ersten Male polnische Kriegsschiffe, die beiden Zerstörer „Wicher“ und „Burga“, den deutschen Kriegshafen Kiel besucht haben, wird der Kreuzer „Königsberg“ in der zweiten Hälfte des Monats August dem Hafen Gdingen einen Gegenbesuch abstatten. Die Offiziere des deutschen Kriegsschiffes werden, wie es heißt, von Gdingen aus Warschau besuchen, wie auch die polnischen Offiziere von Kiel aus die Reichshauptstadt aufgesucht haben.

Todenlegungsarbeiten am Frischen Haff

Der Ostwinkel des Frischen Haffs soll bis zur Linie Ostloch—Wogonap eingedeicht werden. Das Gebiet, das zunächst aufgefandelt werden soll, ist 300 Hektar groß. Die Aufsandung erfolgt in der Weise, daß zuerst ein Umfassungsbereich gebaut, dann das Binnenmaßeiler durch Schöpfwerke abgeleitet, eine Sandbänke aufgetragen und schließlich „ausgetrübelt“ wird. Im „Wachstums“ sind die erste Verpolderung soll später der ganze Ostwinkel des Haffs bis nach Cablen aufgefandelt werden. Im ganzen wäre das eine Fläche von fast 600 Hektar.

Das ist Sabsburg!

Der frühere Erzherzog Albrecht erklärte kürzlich in einer Ansprache vor ungarischen Studenten: „Sollte die aufgebehtete Deutsche Minderheit ihre Verpflichtungen gegenüber der ungarischen Staatsbürgerschaft vergessen, dann soll sie lieber in das Reich zurückkehren. Wer nicht Ungar sein will, für den ist hier kein Platz!“ Dieses „echt deutsche“ Wort macht dem Erzhaus Sabsburg alle Ehre.

Ostpreußen wieder ohne Arbeitslose

Ostpreußen hatte Ende Juni nur noch 6857 Arbeitslose. Von 1000 Einwohnern waren im Durchschnitt der Provinz 3, selbst in Königsberg nur 6 arbeitslos. Das ist weniger, als noch den Erfahrungen der letzten Jahre erwartet werden durfte. Denn es muß berücksichtigt werden, daß ein Teil der Arbeitslosen wegen ihres Alters, körperlicher Gebrechen, Krankheiten oder auch wegen ihrer mangelhaften Berufsausbildung zu der von der Wirtschaft geforderten Arbeitsleistung nicht instande ist und deshalb auch bei normaler Wirtschaftslage keine Arbeitsstellen finden kann. Die niedrige Arbeitslosenzahl läßt darauf schließen (und die Meldungen der Arbeitsämter bestätigen es), daß eine nicht unerhebliche Zahl dieser vermindert Erwerbsfähigen infolge des starken Arbeitsbedarfs der Wirtschaft jetzt Arbeit gefunden hat. Arbeitsfähige, die durch Beendigung von Arbeiten arbeitslos werden, finden fast ausnahmslos in kurzer Zeit wieder Arbeit. Die Provinz hat aber nicht nur ihre eigenen Arbeitskräfte beschäftigt, sie hat auch nicht unwesentlich zur Entlastung anderer Wirtschaftsgebiete des Reiches beigetragen.

18 000 Landhelfer, 2800 andere jugendliche Landarbeiter und mehr als 3000 sonstige Arbeitskräfte, im ganzen 24 000 Arbeiter aus anderen Reichsteilen haben bis zum Monat Juni in Ostpreußen Arbeiter gehalten. Der Bedarf dauert weiter an. Wenn trotzdem noch 7800 Arbeitsuchende Ende Juni als Rotstandsarbeiter tätig waren, so liegt das einmal daran, daß als Rotstandsarbeiten jetzt fast ausschließlich nur noch Arbeiten ausgeführt werden, die entweder aus Gründen des Wertes oder der Bodenverbesserung unbedingt notwendig sind. Die Abberufung der bei ihnen beschäftigten Rotstandsarbeiter würde die Einstellung der Arbeiten nach sich ziehen, weil sie ohne Zuhilfe der wertvolleren Arbeitslosen für eine nicht zu finanzieren sind und der Provinz die Möglichkeit nehmen, zur Entlastung anderer Gebiete mit größerer Arbeitslosigkeit beizutragen. Die von der Wirtschaft am dringlichsten benötigten Arbeitskräfte — gewerbliche Facharbeiter und jugendliche Helfer in der Landwirtschaft — sind außerdem unter den ostpreußischen Rotstandsarbeitern nicht mehr vorhanden.

Der planmäßige Abwehrkampf gegen die Arbeitslosigkeit setzte in Ostpreußen vor zwei Jahren ein. Am 30. Juni 1933 wurde zum letzten Male die hohe Zahl von 75 000 Arbeitslosen festgestellt. In knapp zwei Monaten gelang es dann, diese Arbeitslosen bis auf einen geringen Rest von Arbeitsunfähigen und Arbeitsunwilligen in Arbeit zu bringen. Ende August 1933 standen rund 54 000 in Rotstandsarbeit. Es mußte erwartet werden, daß der durch die künstliche Arbeitsbeschaffung gegebene Auftrieb allmählich

zu einer Belebung der freien Wirtschaft führen würde. Diese Hoffnungen sind bis jetzt in vollem Maße erfüllt worden. Im März 1934 waren noch 46 600, im Juni 1934 nur noch 23 600 Rotstandsarbeiterplätze notwendig, um die arbeitsfähigen und arbeitswilligen Arbeitsuchenden in Arbeit zu bringen; die jetzt verbliebenen 7800 Rotstandsarbeiter werden durch die dreifache Zahl der aus anderen Reichsteilen herangeholten Arbeitskräfte mehr als aufgewogen.

Einen entscheidenden Anteil an der günstigen Entwicklung der letzten Monate hat die planmäßige Förderung des privaten Wohnungs- und des Kleinsiedlungsbaus, deren Finanzierung durch die Zunahme der Spareinlagen ermöglicht wurde. Alle arbeitsfähigen Bauhandarbeiter sind daher in Ostpreußen in Beschäftigung, und mehr als 1500 mußten schon bis Ende Juni aus anderen Bezirken herangeholt werden. Auch in anderen Berufsgruppen besteht ein, wenn auch zahlenmäßig nicht so stark ins Gewicht fallender Mangel an Fachkräften. Bis auf 2400 nur beschränkt verwendbare, sind die 38 000 Facharbeiter der gewerblichen Berufe, die im Juni 1933 arbeitslos waren, in diesem Jahre in Arbeit. Vor einem Jahr hatten noch rund 14 000 keine Berufsarbeit, sondern mußten mit Rotstandsarbeiten beschäftigt werden. Von den 10 000 landwirtschaftlichen Freiarbeitern, die Ende Juni 1933 ohne Arbeit waren, sind jetzt nur noch 2431 in der Fürsorge der Arbeitsämter, auch sie zum großen Teile wenig verwendungsfähig. Ein Bruchteil führt Rotstandsarbeit aus, weil Berufsarbeit in der Nähe des Wohnorts nicht vorhanden und die Vermittlung in auswärtige Arbeitsstellen aus persönlichen Gründen nicht möglich ist. Der Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften ist trotz der großen Zahl der aus anderen Bezirken herangeholten Landhelfer und der zunehmenden Vermittlung auswärtiger Landarbeiterfamilien noch immer nicht gedeckt.

Ersfreulicherweise hat auch die Arbeitslosigkeit der Angestellten, die in früheren Jahren ganz besonders hoch war, in dem gleichen Maße wie in den übrigen Berufsgruppen abgenommen. Bis zum Jahre 1933 konnten von den 9700 im Jahre vorher arbeitslos gewesenem Angestellten 6000 in Berufsarbeit gebracht werden. Jetzt suchen nur noch 2400 berufliche Beschäftigung. Leider werden viele von ihnen wegen mangelnder Berufserkenntnisse oder geringer Arbeitsfähigkeit selbst bei noch größerem Bedarf nur unter großen Schwierigkeiten ein Unterkommen finden. Jüngere Kräfte unter 35 Jahren melden sich nur bereitwillig und dann nur für kurze Zeit als Arbeitsuchende. Die noch vorhandenen älteren Kräfte sind teils erwerbsbeschränkt, teils nicht genügend vorgebildet.

Buchbesprechungen

Der deutsche Ordensstaat. Gestalten seiner großen Meister. Von Erich Reichste. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1933. 126 Seiten. Preis kart. 3,60 M., Leinen 4,80 M. — Erich Reichste hat es verstanden, die Idee des Ordens für die Gegenwart lebendig und fruchtbar zu machen. „Was in unserer Zeit nach Befallung drängt, ist dem Weien und Werk jenes Ordens der Deutschen aufs tiefste verwandt.“ Wie schon die Geburtsstunde des Ordens in das Schicksal des Reiches verflochten war, so ist der Weg, den er gegangen ist, immer wieder in den Weg der deutschen Geschichte gemündet. Die Idee, auf der der Orden aufgebaut war, die Idee der Gemeinschaft des Abendlandes, der Gemeinamkeit von Kaiserum und Papsttum, lag, als er entstand, schon im Sterben. Wenn er trotzdem drei Jahrhunderte einer glanzvollen Geschichte erlebt und nicht das Schicksal der anderen gleichartigen Ritterorden teilen hat, so deshalb, weil er als Kolonialstaat stets den Zusammenhang mit dem deutschen Volkstum behielt, und weil die benediktinische Pflicht des Gehorams in der Arbeit am Staate zu einem neuen, höheren Ethos der Pflichterfüllung durchdrang. Reichste hat die entscheidenden Etappen der Entwicklung des Ordens in den Gestalten seiner großen Meister geschildert. Her-

mann von Salza, einer der größten Staatsmänner der staufischen Zeit, gab dem Orden die geschichtliche Wendung nach Osten. Er hatte es als seine Lebensaufgabe betrachtet, den Bruch zwischen Kaiser und Papst zu überbrücken. Er starb an dem Tage, an dem der Kaiser vom Papst in den Bann getreten wurde, und damit sein Leben sinnlos geworden war. Aber zugleich hatte er die Kräfte des Reiches, das am Süden scheitern sollte, in die Richtung einer neuen, fruchtbareren und an dem Reich stärkeren Leistung gelenkt, indem er den Grund zu der Staatsstiftung des Ordens gelegt hatte. Luther von Braunschweig verkörpert die großartige kolonialistische Leistung des Ordens. In Winrich von Kniprod erreichte dieser den Gipfel äußerer Macht und glänzender Befestigungskraft, die Reife des Spätmittelalters, die schon die Stürme des Herbstes und das Sterben des Winters vorausahnend läßt, ein Schicksal, das bei Lannenberg seinen Anfang nahm. In diese Zeit rief die Gestalt Heinrichs von Plauen hinein, des einzigen Ordensmeisters, dessen Leben und Arbeit im Epos der Ordensgeschichte eine dramatische Steigerung und eine tragische Verwirklichung darstellt: Er verließ gegen die Regel des Ordens, um das zu retten, was die anderen

noch nicht als das Bleibende der Ordensleistung zu erkennen vermöchten: den Staat. Woran er gescheitert war, das lehnte Albrecht von Brandenburg in die Tat um, indem er den Orden ausgab und den Staat erhielt. „Nach Reimen und Blüten, Reien und Frucht war für den Ordensstaat Preußen der Tod gekommen. Neues Leben trat an seine Stelle. Der preussische Name, den Herzog Albrecht getretet hatte, sollte auch in kommenden Epochen erstrahlen über der immer gegebenen und nie verlorenen Sendung des deutschen Volkes im Osten!“

Dr. K.

Die letzte Front. Geschichte der Eisernen Division im Baltikum 1919. Von Major a. D. Josef Bilshoff. Buch- und Tiefdruck G. m. b. H., Berlin SW 19 1935. 270 Seiten mit mehreren Kartenstücken. — Noch heute wird in Deutschland und vor allem im Zustand vielfach den schlimmsten Greuelmärchen über die „Baltikumer“ und namentlich über die Eiserne Division des Majors Bilshoff Glauben geschenkt. Das Buch des Grafen v. D. Goltz „Meine Sendung in Finnland und im Baltikum“ erschien zu einer Zeit, in der es nicht durchzubringen und irrig und bösmüßige Meinungen nicht zu zerstreuen vermochte. Als Deutschland sich in den Krämpfen der Novemberrevolution wand, als es die Bürgerläden sehr eilig hatten, sich auf den ihrer Person ungefährlichen „Boden der Tallanden“ zu stellen, in dieser Zeit unternahm im Baltikum deutsche Soldaten den letzten Versuch, eine Breche in den Ring der Staaten zu schlagen, der nach dem Willen der Entente um Deutschland gelegt werden sollte. Wenn sie ihr Ziel nicht erreichten, so find ihre Blutopfer schließlich doch nicht vergebens gewesen. Sie haben mitgeholfen, dem neuen Deutschland den Weg zum Siege zu bahnen. Bilshoff schildert die militärischen Leistungen der Eisernen Division und die politischen Ideen ihrer Führung, das tragische Geschick der letzten Front, die Rettung und mittelbar auch die Rettung der Volkswirtschaft befreite. Die gegen die von der Entente ausgehaltenen Letzen vorgehen mußte, die von den Engländern gehegt und bekräftigt und schließlich von der eigenen Regierung abgewürgt wurde. „Wenn es den Wert des Dienstes für Deutschland ausmacht, daß er hart ist, so braucht die letzte Front keinen Vergleich zu scheuen.“ Sie hat ihre Pflicht erfüllt zu einer Zeit, als Pflichterfüllung nur Hohn und Verleumdung einbrachte. Bilshoffs Buch enthält ein wesentliches Stück deutscher und osteuropäischer Nachkriegsgeschichte.

Polnische Ulanen. Kriegserinnerungen von Richard Bolelawski. Propädeut Verlag, Berlin 1935. Aus dem Englischen übersetzt von Paul Fohr. 325 Seiten. Preis brosch. 3,80 N. M., Reinen 4,80 N. M. — Bolelawski erzählt die Kriegserlebnisse des Regiments Polnische Ulanen. Zu diesem Regiment gehörten etwa zweihundert Ulanen. Ein wenig kleiner Truppenteil im Kiewlande des russischen Heeres. Der Erlebnisbericht setzt dort ein, wo sich das

russische Heer aufzulösen begann, um dann vollends im Chaos der Revolution zu zerbröckeln. Die russische Revolution ging die Polen, die im Vertrauen auf das Versprechen des Großfürsten Nikolajewitsch im russischen Heer für die Freiheit Polens kämpften, nichts an. Im allgemeinen Zusammenbruch schlossen sich die polnischen Ulanen um so enger zusammen. Noch einmal stehen sie, als Kerenski zur letzten Offensive aufruft, für eine verlorene Sache an der Front ihres Mann. Dann schlagen sie sich, als „Weiße“ von der roten Reute gebohrt, viele Wochen und Monate lang, durch die Front der Mittelmächte von ihrer Heimat abgetrennt, durch das in Blut und Aufbruch erstickende Land, bis sie, keine Möglichkeit eines Entkommens mehr sehend, zum letzten Appell antreten, sich als Truppe auflösen und einzeln, als obagabundierende Soldaten getarnt, ihren Verfolgern zu entkommen und nach Polen zu gelangen versuchen. Mit Spannung verfolgt man diesen Erlebnisbericht einer Truppe, die zwar kämpfte und starb, aber im Grunde inmitten des großen Geschehens einer weitgeschichtlichen Auseinandersetzung doch nur Zuschauer war. Die Auflösung des russischen Heeres, die Kerenski-offensive, die bolschewistische Revolution usw. werden im Schicksal der polnischen Ulanen lebendig. Wie immer, wenn Soldaten ihre Erlebnisse schildern, stehen bitterer Ernst und derber Humor, die Dual des Todes und der Glaube an das Leben dicht nebeneinander. Mitunter kommt es vor, daß dem Verfasser historische oder volkskundliche Irrtümer (so über das alte Polen und Sagiello, die Letzen und Bitauer) und einige Zahlenverwechslungen unterlaufen, aber sie betreffen nebenhässliche Dinge und führen den Gesamteindruck, den das Buch hinterläßt, nur wenig. Als erster polnischer Kriegsgroman, der ins Deutsche überseht worden ist, verdient das Buch Beachtung.

Dr. K.

Die deutsche Ostseeküste von Kiel bis Memel. Gezeichnet und erläutert von Otto Böckers. Paul-Hartung-Verlag, Hamburg. Preis 1,20 N. M. — Die Karte legt wenig Wert auf topographische Genauigkeit, dafür um so mehr auf bildhafte Wirkung. Einige Landschaftsstücken und ein knapper, die Ostseeküste und Ostpreußen beschreibender Text sind ihr beigegeben.

Persönliches

Gestorben: Frau Lehngutsbesitzer Anna W i f f e, geb. Weiskopf, in Dahme, Kr. Pignitz, fr. in Samter und Schröder, am 27. 6. 49 J.

Geburtsfage: Paul Frankanzani, Stadtoberinspektor i. R., in Berlin Siemensstadt, Venterheft 14, fr. Landesleiter bei der Provinzialverwaltung in Posen, am 3. 7. 70 J.; Wilme Wanda F e n g e r, jetzt Wonnungen, Freyburg (Unstrut) Land, Dorfstr. 70, fr. Winne, am 26. 7. 70 J.

„Ostdeutscher Heimatkalender 1936“

Der Bund Deutscher Osten gibt für das Jahr 1936 einen Ostdeutschen Heimatkalender heraus. Der Kalender enthält eine Fülle unterrichtender und erzählender Beiträge. Von der Landschaft und dem Schicksal des Memellandes ist darin ebenso die Rede wie von der Heimat und der Arbeit des oberhessischen Kumpels, von der alten Volkshunft Ostpommerns ebenso wie von der künstlerischen Leistung des schlesischen Landes, von Werden der Danziger Niederung ebenso wie von der eigenartigen Schönheit der ostbayerischen Berge, von deutschen Bauern im Baltikum ebenso wie von den Deutschen in Löß- oder denen des Posener Landes. Der Kampf um den preussischen Osten und das Volkstumringen in der südlichen Ostmark, in Oesterreich, werden behandelt. Vom sßlischen Land und seinen Menschen ist die Rede, von Geschichte und Gegenwart und von den Aufgaben der Zukunft. Die Vielgestaltigkeit des deutschen Ostens, der sich als politische Einheit von Memel bis Passau erstreckt, wird in den Beiträgen ostdeutscher Schriftsteller und erfahrener Sachkenner, sowie in zahlreichen Bildern und Kunst- druckbeilagen bald von dieser, bald von jener Seite beleuchtet. Der Osten wird in diesem Kalender als geschichtliches Vermächtnis wie als politische und kulturelle Gegenwartsaufgabe lebendig.

Der in Buchform erscheinende Kalender, der voraussichtlich Anfang September vorliegt, kostet im Einzelbezug 0,90 RM. Bei Bezug durch die Ortsgruppen ermäßigt sich der Preis für Mitglieder des Bundes heimatruer Posener auf 0,60 RM. Die Ortsgruppen erhalten bei Sammelbestellungen über die Landesverbände Rabatt. Die Ortsgruppen werden gebeten, schon jetzt mit der Werbung für den Abtag des Ostdeutschen Heimatkalenders zu beginnen.